



Presseinformation

Wiesbaden/Frankfurt, den 10. Februar 2005

Landesregierung, Städte und Polizei wollen gemeinsam Zivilcourage fördern

Wiesbaden, Offenbach, Gießen, Hanau, Fulda und Hofheim übernehmen erfolgreiche Frankfurter und Kasseler Kampagne „Gewalt – Sehen – Helfen“

Wiesbaden/Frankfurt. – Die Stärkung der Zivilcourage und die Schaffung einer „Kultur des Hinsehens und Helfens“ – das sind die Ziele einer engen Kooperation zwischen der Hessischen Landesregierung, der Hessischen Polizei und den Städten Frankfurt, Kassel, Wiesbaden, Offenbach, Gießen, Hanau und Hofheim. Auch die Stadt Fulda hat angekündigt, sich an der Kooperation zu beteiligen. „Wir wollen, dass Fälle, in denen Menschen in der Öffentlichkeit Opfer von Gewalttaten wurden und kein Passant Hilfe geleistet hat, endgültig der Vergangenheit angehören. Gemäß den Worten Martin Niemöllers „Zuschauen und nichts tun, das ist die eigentliche Sünde“ wollen wir Menschen ermutigen, sich für andere einzusetzen und gemeinsam Verantwortung für ein gewaltfreies Miteinander zu übernehmen. Wenn wir uns gegenseitig beistehen, wird die Gewalt alleine dastehen“, betonten Innenminister Volker Bouffier und die beteiligten Oberbürgermeister und Bürgermeister nach einem Treffen in Frankfurt.

Grundlage der Kooperation ist die Übernahme der sehr erfolgreichen Kampagne „Gewalt – Sehen – Helfen“ der Stadt Frankfurt durch die Kooperationsstädte. Im Mittelpunkt der Kampagne, die 1997 von der Stadt Frankfurt gemeinsam mit der Frankfurter Polizei gestartet wurde und seit 2001 auch in Kassel umgesetzt wird, steht die Vermittlung von Informationen zu richtigem Helferverhalten in gewaltträchtigen Situationen. „Die Bürgerinnen und Bürger sollen dafür

sensibilisiert werden, dass ein jeder unabhängig von Alter, Geschlecht, Größe oder Körperbau in der Lage ist, in einer Gewaltsituation Hilfe zu leisten, ohne sich dabei selbst in Gefahr zu bringen. Beispielsweise durch die Alarmierung der Polizei“, erläuterte Innenminister Bouffier. Er dankte in diesem Zusammenhang der Stadt Frankfurt für ihre Bereitschaft, die Kampagne weiteren Städten zur Verfügung zu stellen. Dadurch könnten die neuen Partnerstädte umgehend auf eine umfangreiche Palette möglicher Aktivitäten und Materialien zur Durchführung der Kampagne zurückgreifen. Die Planungen sehen vor, die erweiterte Kampagne mit einem Aktionstag, beginnend in der ersten Jahreshälfte 2005, zeitlich gestaffelt in den Partnerstädten zu starten.

Frankfurts Oberbürgermeisterin **Petra Roth** erläuterte, dass die Kampagne in der Stadt Frankfurt von einer Vielzahl von Institutionen und Organisationen unterstützt werde. „Verschiedenste Institutionen wie IHK, DGB, Kirchen, Ortsbeiräte, Entsorgungsgesellschaft, Verkehrsgesellschaft, Sportvereine, Schulen und Frauenverbände sind mit im Boot. Diese breite Unterstützung ist der Garant für den Erfolg der gesamten Kampagne“, betonte die Oberbürgermeisterin. Gemeinsam mit der Polizei seien in einer Vielzahl von Veranstaltungen die Bürgerinnen und Bürger der Stadt in den vergangenen Jahren über das richtige Verhalten in Notlagen informiert worden. Plakate und Flyer trügen die Botschaften der Kampagne zudem in die breite Öffentlichkeit. „Wir haben darüber hinaus eine Reihe Seminarleiterinnen und -leiter geschult, damit möglichst viele Informationsveranstaltungen stattfinden können. Daneben werden in der Volkshochschule und anderen Frankfurter Bildungsstätten in Kursen gezielt Informationen weitergegeben“, machte die Frankfurter Oberbürgermeisterin deutlich.

„In Kassel hat das Logo „Gewalt-Sehen-Helfen“ einen hohen Bekanntheitsgrad erreicht. Eine Straßenbahn fährt damit durch die Stadt in der auch Merkblätter zum Thema „Wie verhalte ich mich bei Gewalt“ ausliegen. Plakataktionen, die Kasseler Präventionstage oder auch der Kasseler Jugendfilmpreis verbreiten diese Kampagne, um damit der Unkultur des Wegsehens entgegenzutreten“ dies erklärte der Kasseler Oberbürgermeister **Georg Lewandowski**.

„In Wiesbaden stellt die Kriminalprävention eine wichtige Aufgabe dar“, erklärte Oberbürgermeister **Hildebrand Diehl**. Neben Maßnahmen, den öffentlichen Raum sicherer zu gestalten, gehöre dazu auch eine Stärkung der Zivilcourage. Die gemeinsame Initiative von Landeregierung, Polizei mit hessischen Städten unterstützt unsere zahlreichen Bemühungen in idealer Weise. Mit der Schaffung eines Rudolf-Beck-Preises für Zivilcourage gebe es in Wiesbaden bereits eine herausgehobene Ehrung für mutiges Einschreiten in Extremsituationen. „Die weiteren Aktivitäten der Initiative Gewalt - Sehen – Helfen werden wir in unsere bestehenden Initiativen einbinden“, so Oberbürgermeister Hildebrand Diehl

Für den Offenbacher Oberbürgermeister **Gerhard Grandke** ist die gemeinsame Kampagne ein weiterer Mosaikstein zum Ausbau der regionalen Zusammenarbeit. „Sicherheit ist ein Grundbedürfnis menschlichen Zusammenlebens und gerade in einem Ballungsraum wie der Rhein-Main-Region eine Voraussetzung für ein funktionierendes Gemeinwesen. Die Stärkung von Zivilcourage und Hilfsbereitschaft ist unerlässlich, um gesellschaftlicher Apathie sowie Verantwortungslosigkeit erfolgreich auf breiter Basis zu begegnen und muss deshalb gemeinsame Zielsetzung sein. Die Stadt Offenbach hat bereits 2002 auf lokaler Ebene eine Sicherheitspartnerschaft mit den Institutionen vor Ort abgeschlossen und damit gute Ergebnisse erzielt. Doch die Ängste und Wünsche der Menschen enden nicht an unserer Stadtgrenze – die Erfolgsaussichten und Mobilisierungschancen einer überörtlichen, gemeinsamen Initiative sind schon allein aufgrund des höheren Verbreitungsgrades und Wiedererkennungswertes ungleich besser. Deshalb wird Offenbach diese Kampagne als Bestandteil in die Kommunale Präventionsarbeit integrieren.“

„In der Universitätsstadt Gießen ist der Gedanke von Kriminalprävention als Bürger(meister)pflcht schon sehr früh aufgenommen und umgesetzt worden“, erklärte Gießens Oberbürgermeister **Hans-Peter Haumann**. Seit mehr als 10 Jahren sei der Verein Kriminalprävention Gießen e.V. aktiv. „Verschiedene Arbeitskreise wie z. B. „Gewalt gegen Frauen“ oder „Runder Tisch Drogen“ arbeiten seit langem themen- und adressatenspezifisch. Im August 2004 wurde der Präventionsrat von Stadt und Landkreis Gießen gegründet, der sich in

einem ersten Projekt mit Jugendcliquen in Stadt und Landkreis befasst. Insofern können wir als zukünftige Partnerstadt der Kampagne „Gewalt – Sehen – Helfen“ auf bereits bestehende Präventionsstrukturen zurückgreifen und die Aktivitäten der Stadt in der kommunalen Kriminalprävention um ein erfolgreiches Programm, welches das Verantwortungsbewusstsein, die Zivilcourage und die Handlungsfähigkeit in Gewaltsituationen von uns allen anspricht, sinnvoll erweitern“, so Haumann.

Für den Oberbürgermeister der Stadt Hanau, **Claus Kaminsky**, ist die Beteiligung am „Netzwerk gegen Gewalt“ und dem Kooperationsprojekt zur Förderung der Zivilcourage ein „weiterer logischer Schritt“ nach der von ihm initiierten Wiederbelebung des Präventionsrates in Hanau und dem bevorstehenden Start der ‘Hanauer Sicherheits-Teams’. Besonders angetan ist er von der Netzwerk-Idee und der Partizipation der verschiedensten Institutionen und Verbände, „denn nur gemeinsam sind wir stark und nur zusammen können wir andere Menschen stark machen.“

Hofheims Bürgermeisterin **Gisela Stang** erklärte, mit der Übernahme der Kampagne "Gewalt - Sehen - Helfen" ergänze die Kreisstadt Hofheim konsequent die Projekte "Präventionsrat" und "Bündnis für Toleranz und gegen Rechtsradikalismus": Die positiven, auf Vorbeugung zielenden Ergebnisse aus diesen Projekten werden bereits in der Praxis umgesetzt - in der Kinder- und Jugendarbeit ebenso wie bei verschiedenen Veranstaltungen. "Mit der neuen Kampagne werden wir die Menschen in unserer Stadt noch stärker sensibilisieren, bei verbaler wie körperlicher Gewalt nicht weg zu schauen, sondern sich für ihre Nächsten einzusetzen," betonte Stang.

Innenminister Volker Bouffier wies abschließend darauf hin, dass mit der Übernahme der Frankfurter Kampagne durch die sechs anderen Städte das von der Landesregierung geknüpfte „Netzwerk gegen Gewalt“ wieder ein Stück engmaschiger geworden sei. „Das ist eine gute Nachricht für alle Bürgerinnen und Bürger in Hessen“, sagte Bouffier. Das „Netzwerk gegen Gewalt“, das von der Geschäftsstelle Netzwerk gegen Gewalt im Hessischen Landeskriminalamt koordiniert wird, hat die Aufgabe, die Kooperation der in der Gewaltprävention tätigen Behörden und Institutionen zu intensivieren, die Bildung weiterer kommunaler Präventionsgremien zu

fördern und neue Wege in der Gewaltprävention zu beschreiten. „Diese Initiative, die vom Hessischen Ministerium des Innern und für Sport, Hessischen Kultusministerium, Hessischen Ministerium der Justiz und Hessischen Sozialministerium unterstützt wird, hat bereits dazu geführt, dass in verschiedenen hessischen Regionen neue Vernetzungsprozesse in Gang gesetzt, bestehende Netzwerke weiter entwickelt und konkrete Gewaltpräventionsprojekte umgesetzt wurden“, hob Innenminister Volker Bouffier hervor.
